

## **Zur Geschichte des Veranstalters – Humanistischer Verband Deutschlands, Landesverband Berlin**

Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts bedeutete ein Todesfall in der Familie oft eine finanzielle Katastrophe. Die obligatorische Erdbestattung auf den kirchlichen Friedhöfen war teuer; die seit 1850 in Deutschland diskutierte Feuerbestattung in Preußen noch nicht gesetzlich zugelassen, obwohl das erste Krematorium bereits 1878 in Gotha eröffnet wurde. Glaubt man den wenigen überlieferten Geschichtsquellen, so kamen im Februar 1905 zwölf Sozialdemokraten, darunter eine Frau, in Berlin zusammen, um einen Verein ins Leben zu rufen, der die Idee der Feuerbestattung propagieren sollte. Nicht von ungefähr waren diese Personen Berliner Freireligiöse, die sich für die Feuerbestattung engagierten. Schon 1890 hatte die Freireligiöse Gemeinde beim Berliner Magistrat - ohne Erfolg - die Genehmigung und Erbauung eines Feuerbestattungssofens zur Leichenverbrennung beantragt. Auch Petitionen an den Deutschen Reichstag wurden abschlägig beschieden.

### **KOSTENGÜNSTIGE BESTATTUNG**

Als Vereinslokal wählte man das Restaurant Ostrowski, Schillingstraße 24. Auf der Generalversammlung im Januar 1907 konnte der Vorsitzende Lehmann berichten, dass der Verein aufgrund abgeschlossener Verträge eine Bestattung bei gleicher Leistung kostengünstiger als Bestattungsinstitute ausführen könne. Um die Beschaffung von Totenautomobilen werde man sich bemühen. Und auch die Sammlung freidenkerischer Bestattungslieder, so Lehmann stolz, umfasse schon 51 Lieder. 1910 zählte der Verein allerdings erst 39 Mitglieder. Erst die Verabschiedung des Feuerbestattungsgesetzes 1911 eröffnete dem Verein die Möglichkeit, über die bloße Propagierung einer fortschrittlichen Idee

hinaus seine Ziele in der Praxis zu realisieren. In den Jahren nach dem 1. Weltkrieg vollzog sich der stürmische Aufschwung des Sparvereins zu einer mitgliederstarken Kulturorganisation.

### **DIE JAHRE DER STÄRKE BIS 1933**

Im Juni 1919 erfolgte die Eintragung in das Vereinsregister als "Verein für Freidenkertum und Feuerbestattung." Parallel zu der großen Kirchenaustrittsbewegung in Preußen bemühte sich der Verein, die dem Christentum entfremdeten Arbeiter aufzunehmen. Atheistisch-weltanschauliche Aktivitäten traten stärker in den Vordergrund. Die solide finanzielle Grundlage des Vereins wurde allerdings durch die Inflation von 1923 schwer erschüttert. Dem organisatorischen Geschick des seit 1922 amtierenden Geschäftsführers Max Sievers, der später auch zum Vorsitzenden gewählt wurde, war es zu verdanken, dass der Verein sich sanieren und in der Folge selbst Darlehen an Kommunen zum Bau von Krematorien geben konnte. Ein eigenes Sägewerk und eine Sargfabrik halfen, die Feuerbestattung noch billiger zu machen. Trotz des Widerstandes der Kirchen stieg die Zahl der Feuerbestattungen ständig. Die Mitgliederzahl des mittlerweile auf das ganze Reich ausgedehnten Vereins wuchs kontinuierlich. Im Jahr 1929 gab es 1.851 Ortsgruppen und 24 Bezirksgeschäftsstellen. Seit 1925 wurde das Vereinsorgan "Der Freidenker" in einer Auflage von 431.000 Exemplaren herausgegeben. Im Jahr 1927 erfolgte die Verschmelzung des Vereins mit der "Gemeinschaft proletarischer Freidenker" zum "Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung." Mit der Umbenennung 1930 in "Deutscher Freidenker-Verband" vollzogen die organisierten Freidenker endgültig den Schritt zu einer Weltanschauungsgemeinschaft. Die

kulturelle Arbeit des Verbandes fand in diesen Jahren großen Anklang bei der konfessionslosen Bevölkerung: Naturwissenschaftliche Vorträge, Filmvorführungen, Konzerte, freigeistige Feierstunden und vor allem die Jugendweihen zeugten von der Attraktivität des Verbandes, der 1932 über eine halbe Million Mitglieder zählte.

## VORLÄUFIGES ENDE

Ende der 20er-Jahre geriet der Freidenker-Verband in die politische Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die 1930 zur Abspaltung von etwa fünf Prozent der Mitglieder und zu Gründung einer eigenständigen kommunistischen Freidenker-Organisation führte.

Bereits 1932 wurde dieser "Verband proletarischer Freidenker Deutschlands" verboten. Ein im gleichen Jahr im Preußischen Landtag von den Nazis eingebrachter Verbotsantrag gegen den Deutschen Freidenker-Verband fand keine Mehrheit, bestärkte den Vorstand aber in seiner Überzeugung, dass mit Hitler das Ende des organisierten Freidenkertums bevorstehen würde. Als einzige Organisation der Arbeiterbewegung bereitete sich der Verband deshalb auf eine mögliche nationalsozialistische Herrschaft vor, indem finanzielle Mittel auf ausländischen Banken deponiert und internationale Kontakte verstärkt wurden. Im März 1933 wurde die Verbandszentrale in der Kreuzberger Gneisenaustraße von der SA in einer wilden Aktion besetzt, der Deutsche Freidenker-Verband wurde als staatsfeindlich eingestuft und verboten, Vermögen und Immobilien beschlagnahmt. Die Angestellten wurden auf die Straße gesetzt, Verbandsfunktionäre eingesperrt oder in die Emigration getrieben. Dass die Nazis die Freidenker nicht vergaßen, dafür sorgte unter anderem der ins Ausland geflohene Verbandsvorsitzende Max Sievers. War es ihm doch gelungen, einen Teil des Freidenkervermögens

dem Zugriff der Faschisten zu entziehen und damit publizistische und politische Widerstandsarbeit zu leisten. Im Juni 1943 wurde Sievers von der Gestapo verhaftet und von dem berüchtigten Präsidenten des Volksgerichtshofes, Roland Freisler, zum Tode verurteilt. Am 17. Januar 1944 starb Max Sievers unter dem Fallbeil im Zuchthaus Brandenburg-Görden.

## KOMPLIZIERTER NEUANFANG

Erst allmählich normalisierte sich das Alltagsleben nach dem Krieg. Die Menschen waren verständlicherweise vorrangig mit anderen Problemen beschäftigt als damit, sich für den Wiederaufbau einer Kulturorganisation wie dem Freidenker-Verband einzusetzen. Zuerst konnten sich nur die freireligiösen Gemeinden als einheitliche Organisation rekonstruieren. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts erlangten sie in der Bundesrepublik die Möglichkeit zurück, freireligiösen Unterricht und Jugendweihen öffentlich durchzuführen. Aus der Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Hitler-Faschismus zogen die wenigen nach 1945 wieder aktiven Freidenker die Lehre, ihre kulturpolitische Arbeit auf einen einheitlichen Konsens von Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberalen und Parteilosen zu begründen. Dort, wo die Freidenker sich zunächst auf lokaler Ebene organisierten, definierten sie sich als atheistisch und sozialistisch. Dem Neuaufbau einer überregionalen Freidenkerorganisation setzten die Alliierten aber erhebliche Widerstände entgegen. Die sowjetische Besatzungsmacht in der damaligen SBZ verweigerte generell die Wiederzulassung von Freidenkervereinen ebenso wie die SED später in der DDR; in den Westzonen passte den Alliierten eine sozialistische Freidenkerbewegung nicht in die Neuordnungspläne Deutschlands.

## WIEDERBEGINN DER FREIDENKER NACH 1945

In Berlin fanden sich 1946 ehemalige Funktionäre und Mitglieder des Deutschen Freidenker-Verbandes (DFV) in einem vorbereitenden Ausschuss zusammen, der am 15. August 1947 eine neue Satzung für den Bereich Groß-Berlin festlegte. Obwohl der Verband erst 1949 von den (West-)Alliierten zugelassen wurde, gestalteten die Freidenker schon in den Jahren seit 1947 wieder Jugendweihefeiern, die starken Zuspruch aus allen vier Sektoren Berlins fanden. Am 20. Juni 1949 fand die eigentliche Gründungsversammlung in der Kreuzberger Wilhelmstraße statt. Vertreten waren die Mitglieder aus 20 Berliner Verwaltungsbezirken, also auch aus dem Sowjetsektor. Die Eintragung als Verband erfolgte am 10. Januar 1951 beim Registergericht in Charlottenburg. Zu dieser Zeit fungierte der Berliner Oberbürgermeister a.D. Dr. Otto Ostrowski als Vorstandsvorsitzender.

Als sich im März 1951 der DFV mit einer Generalversammlung in Braunschweig überregional wieder zusammenfand, waren bereits die wichtigsten Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands gefallen, der weitere Weg der Freidenker mehr oder weniger vorgezeichnet: Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik standen sich zwei, verschiedenen Machtblöcken angehörende, Staaten gegenüber. An ein Miteinander von Sozialdemokraten und Kommunisten für eine gemeinsame freigeistige Kulturarbeit war unter diesen Bedingungen nicht zu denken.

1952 berichtete „Der Freidenker“, das Organ des DFV, stolz über Jugendweihefeiern in vielen Orten der BRD und verkündete, „dass der Deutsche Freidenker-Verband e.V. unbeirrt seinen Weg vorwärts geht.“ Die Jugendweihen und der DFV gerieten ohne eigenes Zutun 1954/55 in die Negativschlagzeilen, als sich in der DDR ein Komitee zur Vorbereitung der Jugendweihe bildete und 1955 erstmals wieder Jugendweihen in der DDR durchgeführt wurden. Ausgelöst durch den Protest der christlichen Kirchen in der DDR, aufgenommen von der Regierung und den politischen Parteien der BRD ging ein Schrei der Empörung

durch die bundesdeutsche Öffentlichkeit. Aus heutiger Sicht lässt sich nur erahnen, wie kompliziert die Situation der Freidenker war.

## FREIDENKER IM ABSEITS

Als 1956 die KPD in der Bundesrepublik verboten wurde und allen Organisationen, die auch nur im Verdacht standen, kommunistisch unterwandert zu sein oder Kommunisten in ihren Reihen zu dulden, die Kriminalisierung drohte, rückte der DFV weiter ins Abseits. Der Verband, der zu diesem Zeitpunkt etwa 5.500 Mitglieder zählte, wurde weiter geschwächt, als sich 1958 der Landesverband Berlin vom Bundesverband trennte. Neben persönlichen und technisch-organisatorischen Gründen spielten insbesondere politische Unterschiede in den Auffassungen eine Rolle, hatten doch die Berliner Freidenker erfolglos eine kritische Auseinandersetzung mit den atheistisch-marxistischen Positionen des Freidenker-Verbandes gefordert. Aber weder die Berliner Freidenker, die sich um eine klare antikommunistische Linie in enger Anlehnung an die SPD bemühten, noch der Deutsche Freidenker-Verband mit neuem Sitz in Dortmund, der an seinem Konzept zur Entwicklung einer sozialistischen Kulturpolitik festhielt, konnten den weiteren Niedergang ihrer Organisationen verhindern. Hinzu kam, dass die Wiedergutmachung des unter der Nazi-Herrschaft konfiszierten Vermögens des DFV nur einen Vergleich brachte, der die wirtschaftliche Grundlage des Freidenker-Verbandes nicht wieder herstellte. Und auch die Feuerbestattung als preisgünstige Bestattungsform, durch die bis 1933 Hunderttausende an die Organisation gebunden werden konnten, hatte keine kulturelle und ökonomische Funktion mehr für das Freidenkertum.

## VOM FREIDENKERISCHEN ZUM HUMANISTISCHEN SELBSTVERSTÄNDNIS

1960 definierte der Berliner Verband das „Wesen des Freidenkers“ folgendermaßen: Der Freidenker sei ein Realist, der sich seiner Geisteskräfte bediene und seine Erkenntnisse zum Vorteil der Menschheit handelnd einsetze. Er glaubt nicht an Gott, fühle sich als Teil der Natur und wisse seinen Lebensweg auf die Zeit zwischen Geburt und Tod begrenzt. Ziel des Freidenkers sei es, menschlich zu sein und dem Menschen als höchstem Wesen der Erde menschlich zu dienen. Mit dieser Charakterisierung des Freidenkers, aus der sich beim besten Willen noch keine Begründung für das organisierte Freidenkertum ableiten lässt, arbeitete der Berliner Verband fast drei Jahrzehnte. Doch Mitte der 80er-Jahre setzte sich besonders unter jüngeren Mitgliedern, die aus der Friedens-, Öko- und Frauenbewegung zum Verband gestoßen waren, die Erkenntnis durch, dass die große Schwäche des Freidenkertums in der Nichtformulierung einer humanistischen Alternative begründet ist. Darüber waren sich die Beteiligten bald einig: Wer ernsthaft den Anspruch anmeldet, die Interessen von Konfessionsfreien vertreten zu wollen, der benötigt neben einer humanistisch begründeten Weltanschauung auch ein Konzept für Dienstleistungsangebote.

Ein entscheidender Impuls für die Neuorientierung freidenkerischer Ziele kam aus West-Europa. Die erfolgreiche Arbeit der niederländischen und norwegischen Humanisten wirkte sich auf ein sich wandelndes Selbstverständnis aus. Warum sollten religiös ungebundene Menschen in schwierigen persönlichen Situationen nicht Trost und Begleitung durch qualifizierte, humanistisch orientierte Personen erhalten? Warum sollte es nicht selbstverständlich sein, dass sich in Krankenhäusern, Seniorenheimen, Kasernen, Kitas und Jugendeinrichtungen humanistische Berater engagieren wie Seelsorger bei religiösen Menschen? Ein nahtloses Dienstleistungsangebot für Konfessionslose – das klang wie eine Utopie.

Doch der Verband öffnete sich neuen Zielgruppen und Bündnispartnern, moderni-

sierte seine Jugendfeier, entwickelte Projekte wie Lebenskunde, Sterbebegleitung und Patientenverfügung, sein Jugendverband war in den Ferien mit Kindern und Jugendlichen unterwegs. Diese Neuorientierung drückte sich auch in einer Professionalisierung der Arbeit aus. Mit steigender Tendenz wurden mehr Menschen für den Verband hauptamtlich tätig. Der Fall der Mauer stellte das organisierte Freidenkertum bald darauf vor eine neue Herausforderung.

## DER NEUANFANG

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wollten viele Freidenker, Freigeister und Atheisten der Zersplitterung in diverse Kleingruppen nun endlich ein Ende setzen. Doch insbesondere in Ostdeutschland war es nicht leicht, einen solchen Neuanfang zu starten, war doch kurz vor dem Niedergang der DDR ein staatlich kontrollierter Freidenker-Verband initiiert worden. Gleich nach der Wende gründeten sich zudem unabhängige Freidenker-Organisationen im Osten. Der Weg bis zur Geburt des Humanistischen Verbandes Deutschlands war daher noch langwierig. Über einen Zeitraum von zwei Jahren wurde in Gruppen und Verbänden, auf Sitzungen und Konferenzen gestritten und verhandelt.

Den formalen Schlusspunkt bildete dann die Gründungsversammlung am 14. Januar 1993 in Berlin. Der neuen Organisation gehörten die Freien Humanisten Sachsen-Anhalt, der Interessenverband der Konfessionslosen in Brandenburg, die Freigeistige Landesgemeinschaft Nordrhein-Westfalen und der Berliner Freidenker-Verband, und später auch die Freien Humanisten Niedersachsen und die Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Sachsen an. Distanziert blieb das Verhältnis zum Dortmunder Freidenker-Verband, der mit den DDR-Freidenkern fusionierte. Heute lässt sich resümieren: Der Humanistische Verband Deutschlands

**erfährt Anerkennung in Staat und Gesellschaft. Der Verband kann sich dieser Unterstützung auch für die kommenden 100 Jahre sicher sein, wenn es ihm gelingt, in die weltanschaulichen Debatten um Fragen von menschlicher Selbstbestimmung, Solidarität und Toleranz einzugreifen und seine ethischen und moralischen Werte als praktischen Humanismus in der Erziehung, der Lebensberatung, in der Feierkultur und anderen Feldern zu vermitteln.**